

# Josef Schüßlburner

## Sozialismusbewältigung

### 7. Teil: NS-Fortwirkungen im bundesdeutschen Sozialdemokratismus: Sozialstaatliche Demokratieverformung und Kampf gegen Rechts

*... und treibt den halb gebildeten Massen das Wort „Gerechtigkeit“ wie einen Nagel in den Kopf, um sie ihres Verstandes völlig zu berauben ... und ihnen für das böse Spiel, das sie spielen sollen, ein gutes Gewissen zu schaffen (Friedrich Nietzsche über den Sozialismus)*

*... aber leider haben wir dabei vergessen, den Schlag gegen rechts zu führen. Das ist unsere große Unterlassungssünde (Adolf Hitler, Anfang 1945).<sup>1</sup>*

*Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.<sup>2</sup>*

Im 6. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung<sup>3</sup> ist dargelegt, daß sich die Stabilität des NS-Regimes wesentlich damit erklären läßt, daß es diesem - nach Ausschaltung der aus seiner Sicht „falschen Führer“ der Sozialdemokratie - gelungen war, durch sozialpolitische Maßnahmen, die bezogen auf die Volksgemeinschaft auf einem sozialstaatlichen Egalitarismus gründeten, sich wesentlich auf die Arbeiterschaft, d.h. auf ehemalige Wähler von SPD und KPD zu stützen. Diese Einbeziehung dieser Bevölkerungsschicht in das NS-Regime ist dem NS-Führer derart gelungen, daß sich schließlich „so etwas wie eine Affinität sozialdemokratischer Arbeiter zu Hitler“ einstellte, „die auch umgekehrt zutraf.“<sup>4</sup> Damit konnte es sich das NS-Regime erlauben, sich über die Beschränkungen des Ermächtigungsgesetzes, insbesondere seiner Befristung auf den 1.4.1937, hinwegzusetzen und damit die Zusage an die zur Koalition (und zur Verabschiedung dieses befristeten Ermächtigungsgesetzes) bereiten Rechtsparteien zu brechen. Es gelang dem NS-Regime erfolgreich den Eindruck zu vermitteln, daß der Nationalsozialismus doch die wirksamste Möglichkeit der Sozialismusverwirklichung darstellte. Dabei profitierte der Nationalsozialismus in mehrfacher Weise von den sozialistischen Traditionssträngen, auch wenn die SPD diese zumindest teilweise bereits ins Vergessen verdrängt hatte, wie etwa die zur „Diktatur der Einsicht“ führenden Demokratiekonzeption eines *Lassalle*.

#### Fortwirken von NS-Elementen in der SPD-Wirtschaftspolitik

Spiegelbildlich drängt sich dann notwendiger Weise die Frage auf, ob dann auch umgekehrt zutrifft, daß etwa die Anhängerschaft der SPD in der (beginnenden) Bundesrepublik bei alliierterem und für die BRD verpflichtendem Verbot des Nationalsozialismus die sozialdemokratische Partei vielleicht deshalb gut fand, weil sie bestimmte Elemente fortzuführen versprach, welche dieser Personenkreis zur Unterstützung oder zumindest Tolerierung des NS-Regimes motiviert hatte. Für die Vermutung eines derartigen Zusammenhangs spricht, daß noch vor zehn Jahren festgestellt werden konnte, daß bei den der SPD nahestehenden Gewerkschaften der sog. „Rechtsextremismus“ zu nisten scheint,

<sup>1</sup> Zitiert bei *Rainer Zitelmann*, Hitler - Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1987, S.457.

<sup>2</sup> So der Kolumnist *Jan Fleischhauer* in seinem Beitrag: Jagdszenen am Rhein

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteitag-in-koeln-jagdszenen-am-rhein-kolumne-a-1144504.html>

<sup>3</sup> Warum kein Bündnis SPD / NSDAP? <http://links-enttarnt.net/?link=komentare&id=153>

<sup>4</sup> S. bei *Heinz Höhne*, „Gebt mir vier Jahre Zeit“. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches, 1996, S. 360.

womit im BRD-Ideologievokabular im Zweifel eine national-sozialistische Tendenz ausgemacht wird: „Jeder fünfte Gewerkschafter steht rechts“, so die Zusammenfassung einer einschlägigen Studie über das „rechtsextreme Potential“ in den bundesdeutschen Gewerkschaften<sup>5</sup> durch *spiegel-online* vom 28. Juni 2005. Nach dieser Studie sind laut Mitteilung im Kommentar<sup>6</sup> von *Hans-Ulrich Jörges*, 19,1% der gewerkschaftlich Organisierten „rechtsextrem“ orientiert. „Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die die Hälfte aller Mitglieder ausmachen, sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt wie Nichtmitglieder aus dieser Schicht.“ Dies ist deshalb bedeutsam, weil 43% der Gewerkschaftsfunktionäre dieser Schicht angehören. Insgesamt bedeutet dies bei ca. 7,5 Mio. Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften etwa 1,5 Mio. gewerkschaftliche „Rechtsextremisten“, was die Mitgliederzahl sämtlicher VS-amtlich als „rechtsextrem“ eingestuften Parteien weit übertrifft! Und dies geschieht dabei ohne VS-Beobachtung, VS-Überwachung und VS-Berichterstattung! Als etablierte (Regierungs-)Partei hat die SPD keine derartige Staatsüberwachung und staatliche Berichterstattung ihres politischen, d.h. gewerkschaftlichen Vorfeldes zu fürchten, da diese ja nur für unerwünschte Oppositionsparteien und deren (möglichen) Vorfeld<sup>7</sup> vorgesehen ist (die VS-Behörden dürften über etablierte Parteien einfach nicht berichten), denen dabei in der bundesdeutschen Demokratie die Chancengleichheit bei der Meinungsbildung des Volkes (vgl. Art. 21 (1) GG) verwehrt wird.

Geht man zeitlich etwas zurück, um näher an mögliche persönliche Kontinuitäten zu kommen, dann ist als immerhin beachtenswert festzustellen, daß von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung von Kanzler *Kurt Georg Kiesinger* (1966-1969), als der ersten mit SPD-Beteiligung auf Bundesebene erfolgten Regierungsbildung, folgende Minister der NSDAP<sup>8</sup> oder dieser nahestehenden Organisationen angehört hatten:

- *Karl Schiller* (Wirtschaftsminister)<sup>9</sup>
- *Horst Ehmke* (Justizminister)<sup>10</sup>
- *Lauritz Lauritzen* (Wohnungsbauminister)<sup>11</sup>
- *Carlo Schmid* (Bundesratsminister)<sup>12</sup>
- *Erhard Eppler* (Entwicklungshilfeminister)<sup>13</sup>

Die Situation der SPD der Nachkriegszeit stellte sich dabei ohnehin problematisch dar: „Als die SPD 1966 in die Bundesregierung eintrat, stammte nur ein Minister aus der SPD-Tradition, während der Rest aus allen möglichen, wenn auch im weitesten Sinne sozialistischen Strömungen kam (KPD, SAPD, NSDAP, Ahlener CDU).“<sup>14</sup> Neben den Ministern, welche NS-Verbindungen hatten, sind dabei noch die zwei bedeutsamen Minister aufzuführen, welche einen - nach ansonsten üblicher BRD-Einordnung - linksextremistischen Hintergrund hatten, nämlich

---

<sup>5</sup> S. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/studie-jeder-fuenfte-gewerkschafter-steht-rechts-a-362290.html>

<sup>6</sup> S. *Stern* 37 / 2005, S. 154.

<sup>7</sup> Hingewiesen sei etwa die Verfassungsschutzpolitik des „Freistaates“ Bayern, also der CSU gegen die ca. 12 Personen umfassende *Activitas der Danubia*, die als befürchtetes „Umfeld“ der Rechtspartei Die Republikaner „beobachtet“ wurden; s. **Extremismus als Mode** Der Fall »Sascha Jung« und die Bekämpfung der Münchner Burschenschaft *Danubia* im Freistaat Bayern <http://www.links-enttarnt.net/?link=interviews&id=87>

<sup>8</sup> S. [http://www.focus.de/politik/deutschland/focus\\_aid\\_66578.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/focus_aid_66578.html)

<sup>9</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Schiller](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Schiller)

<sup>10</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Horst\\_Ehmke](https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Ehmke)

<sup>11</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Lauritz\\_Lauritzen](https://de.wikipedia.org/wiki/Lauritz_Lauritzen)

<sup>12</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Carlo\\_Schmid](https://de.wikipedia.org/wiki/Carlo_Schmid)

<sup>13</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Erhard\\_Eppler](https://de.wikipedia.org/wiki/Erhard_Eppler)

<sup>14</sup> So *Caspar Schrenck-Notzing*, *Zukunftsmacher*, Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, 1970, S. 116.

- *Willy Brandt* (Außenminister, Vizekanzler)<sup>15</sup>
- *Herbert Wehner* (Minister für innerdeutsche Beziehungen).<sup>16</sup>

Sicherlich ist die Art der Mitwirkung am NS-Regime bei den genannten Ministern unterschiedlich gewesen. Während *Ehmke* seine Mitgliedschaft verleugnete, bekannte sich *Eppler* offen dazu (dies sei nun einmal so gewesen). *Carlo Schmid* kann man abnehmen, daß er bei einer NS-Nebenorganisation Protektion vor weitergehender NS-Involvierung suchte. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie sich die Situation der genannten Personen dargestellt hätte, wären zur Zeit des Nationalsozialismus andere Parteien erlaubt gewesen und umgekehrt, hätten sich im Nachkriegsdeutschland freie Verhältnisse ergeben, die auch die Existenz einer NSDAP oder einer entsprechenden Nachfolgeorganisation erlaubt hätten (die SRP, die als solche angesehen wurde, ist dann ja in einem verfassungsgerichtlichen Schnellverfahren vom gegenüber dem Linksextremismus sehr zögerlichen Verfassungsgericht in bundesdeutscher Freiheitlichkeit zackig verboten worden). Wären dann die genannten Personen ebenfalls Nazis (genauer: Nazisozis) geworden oder geblieben oder wären sie als Sozis bei der SPD verblieben?

Der aus der klassischen SPD-Tradition hervorgegangene erste Bundesvorsitzender der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, der seinerzeit nicht ganz so prominente ehemalige Reichstagsabgeordnete *Kurt Schumacher*, dessen Herkunft aus der SPD-Mitte die ziemlich sektiererischen Ursprünge des maßgeblichen Parteipersonals der Nachkriegs-SPD aus dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK) und „Neues Beginnen“ (dazu noch im vorliegenden Text) zu verschleiern<sup>17</sup> half, hat derartige Fragestellungen für die SPD erfolgreich damit abgewehrt, daß er die vom alliierten Besatzungsregime (und vom deutschen Protestantismus, welcher immer auf Seite der politischen Macht steht) letztlich propagierte Kollektivschuldthese in eine Klassenschuld transformiert hat: „Im tiefsten Sinne schuldig ... sind die Kräfte der Reaktion, der deutsche Großbesitz und die Militaristen, die den Nazis erst zur Macht verholfen haben.“<sup>18</sup> Damit hat die marxistische Klassenkampflehre doch noch eine wichtige Funktion zugunsten der bundesdeutschen SPD erfüllt, nämlich bei der Schuldzuweisung in Bewältigungsfragen als zunehmender zivilreligiöser Machtfaktor in der Bundesrepublik. Auf diese Weise konnte sich die SPD erfolgreich vor bestimmten Fragestellungen, mit denen alle möglichen Organisationen und Institutionen<sup>19</sup> konfrontiert wurden, sehr erfolgreich immunisieren.

Da sich insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Konvergenzen der Sozialismen nachweisen lassen, ist insoweit ein Nachspüren angezeigt. Und da kommt besonders Minister *Schiller* in den Blickpunkt, also die Person, der es die SPD wesentlich zu verdanken hat, daß

<sup>15</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Willy\\_Brandt](https://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Brandt)

<sup>16</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Herbert\\_Wehner](https://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Wehner)

<sup>17</sup> Den sektiererischen Elementen des deutschen Sozialismus zurückgehend auf den „Tanz um den Freiheitsbaum“ der „Mainzer Republik“ mit „Dolch und Manuskript“ und „Warten auf den Kladderadatsch“ ist das Buch von *Schrenck-Notzing* vor allem gewidmet.

<sup>18</sup> Zitiert bei *Schrenck-Notzing*, a.a.O., S.118.

<sup>19</sup> Nun soll etwa die „Verwicklung“ des Arbeitsministeriums geprüft werden, indem schon festgestellt wurde: „Ideologisch teilte die Spitze des Ministeriums die Ziele der NS-Führung“ (ist wirklich überraschend!)

[https://magazin.spiegel.de/SP/2017/26/151742019/index.html?utm\\_source=spon&utm\\_campaign=centerpage](https://magazin.spiegel.de/SP/2017/26/151742019/index.html?utm_source=spon&utm_campaign=centerpage)

Es sollte doch eigentlich von vornherein klar sein, daß etwa das DDR-Außenministerium Instrument der DDR-Diktatur war, worüber es nichts aufzudecken gibt; daß dies im NS-Regime anders sein soll, bedeutet die Einsicht, daß Deutschland zur NS-Zeit eben kein vollsozialistisches Regime dargestellt hatte, sondern es sich aufgrund der Legalitätstaktik in einem weiteren Umfang als rechtsstehend darstellen mußte als es ideologisch der Fall war: Nur bei dieser Prämisse ergibt es überhaupt einen Sinn zu fragen, ob und in welchem Ausmaß etwa das Justizministerium oder das Auswärtige Amt und nunmehr das Arbeitsministerium in den Nationalsozialismus „verwickelt“ war (was ja gerade in einer Diktatur eigentlich als selbstverständlich angesehen werden müßte).

sich für sie überhaupt die Regierungsoption auf Bundesebene auftat. Die Wirtschaftspolitik der frühen Bundesrepublik Deutschland, gegen die die SPD bis in die Zeit zum Godesberger Programm von 1959 entschieden mit Sozialisierungsvorstellungen opponiert hatte, stellte überwiegend einen Bruch mit der dirigistischen, eben sozialistischen Staatswirtschaft des Nationalsozialismus dar. Das durch diesen Bruch mit der NS-Politik erzeugte „Wirtschaftswunder“ Nachkriegsdeutschlands beruhte dabei konzeptionell auf einer Politik, die von der sog. Freiburger Schule um die Wirtschaftswissenschaftler *Constantin von Dietze*, *Walter Eucken* und *Adolf Lampe* formuliert worden war und dann unter der Zuständigkeit des als national-liberal einzustufenden - also politisch eher rechten - Wirtschaftsministers *Ludwig Erhard* umgesetzt wurde. Dieser schloß sich allerdings der ihm wirtschaftspolitisch (und vor allem europapolitisch) eigentlich ferner stehenden CDU an, in der er dementsprechend über keine Hausmacht verfügte. *Erhard* trug damit aber zu der mit „Ordoliberalismus“ auf den Begriff gebrachten liberal-konservativen Synthese bei, auf der die als „soziale Marktwirtschaft“ getaufte wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik beruht. Bei den „Freiburgern“ handelte es sich um einen mit den - letztlich (da „rechts von *Hitler*“ anzusiedelnden) rechtsextremen<sup>20</sup> - Verschwörern des 20. Juli 1944 lose verbundenen liberalen und konservativen Kreis, der eine Alternative zur sozialistischen Wirtschaftspolitik des NS-Regimes entwickelt hatte, die nach Überwindung dieses Regimes umgesetzt werden sollte. Ausschlaggebend für die Bildung dieses Kreises war vor allem das Entsetzen über das antisemitische Pogrom von 1938.

Nicht bekämpft, sondern ausdrücklich begrüßt hat dagegen zur fraglichen Zeit die NS-Wirtschaftspolitik ein ambitionierter junger Akademiker, nämlich der später nach der Regierungszeit von Kanzler *Erhardt* unter erstmaliger Beteiligung der SPD an der Bundesregierung zum Wirtschaftsminister ernannt wurde, um dann in der nachfolgenden SPD-geführten Bundesregierung unter Kanzler *Willy Brandt* (SPD, SAPD, SPD) bei nachhaltiger Unterstützung durch Faktionschef *Wehner* (KPD, SPD) zum „Superminister“ zu avancieren. Die Rede ist eben von Prof. Dr. *Karl Schiller*, unter dessen Verantwortung zwar eine seinerzeit dramatisierte, für die BRD erstmalige Rezession überwunden, aber anschließend unter dem Konzept der staatlichen Globalsteuerung der Wirtschaft der Weg in den Schulden- und Steuerstaat beschritten wurde, der entfernt an die sozialstaatlich motivierte Verschuldungspolitik der NS-Zeit erinnert.

Mit einiger Berechtigung mag zwar mit seinem Biografen *Lütjen*<sup>21</sup> bestritten werden, daß *Karl Schiller* trotz seiner Mitgliedschaft bei der NSDAP ein „ideologisch überzeugter Nationalsozialist“ gewesen sei. Ebenfalls unbestreitbar ist allerdings, daß „eine mehr als nur zufällige Schnittmenge mit den Ideen der Nationalsozialisten“ bestanden hat, was sich vor allem an zentralen wirtschaftspolitischen Auffassungen feststellen läßt. So hatte *Schiller* seine Dissertation über „Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung“ geschrieben, die er selbst interpretierte als eine „finanz- und konjunkturpolitische Untermauerung der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung.“ Nun ist nicht ganz klar, ob *Karl Schiller* vor seiner Mitgliedschaft bei der NSDAP der Sozialdemokratie oder zumindest einer ihr nahestehenden Organisation angehört hatte. Zumindest hatte *Schiller* mit der SPD sympathisiert, gehörten doch seine maßgeblichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrer dem Kreis der sog. „freiheitlichen Sozialisten“ an.

---

<sup>20</sup> S. dazu: 20. Juli 1944: Offizielle Schwierigkeiten mit dem Gedenken an den „rechtsextremen“ Widerstand gegen den Nationalsozialismus <http://www.links-enttarnt.net/?link=kommantare&id=101>

<sup>21</sup> S. *Torben Lütjen*, *Karl Schiller* (1911-1994). „Superminister“ *Willy Brandts* Bonn, 2008; dieser Schrift sind die weiteren Belege entnommen.

Dabei handelte es sich um eine Richtung, welche die in der SPD verdrängten Lehren des *Marx-Gegners Eugen Dühring* fortentwickelte, dessen Anliegen es war, den Sozialismus als würdige Fortsetzung des Liberalismus auszugestalten. Da der Marxismus als konkrete Wirtschaftspolitik nichts anderes anzubieten hatte als die Fortsetzung und Perpetuierung der Kriegswirtschaft, welche die SPD der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu einem neuen Gesellschaftsmodell hochideologisierte, bot sich der „freiheitliche Sozialismus“ als Alternative an, indem er von einer Verstaatlichung weitgehend Abstand nehmen und dabei den kapitalistischen Mechanismus in den Dienst staatlicher Sozialpolitik stellen wollte. Die staatliche Globalsteuerung durch antizyklische Staatsverschuldung und Besteuerung, die von *John Maynard Keynes* entwickelt wurde, paßte gut in die Konzeption dieses freiheitlichen Sozialismus, der sich dem Dogma der staatlichen Planbarkeit wirtschaftlicher Abläufe verpflichtet sah. Eine derartige Sozialismus-Konzeption stieß aber auch bei den Nationalsozialisten auf Zustimmung, die zudem, anders als die „freiheitlichen Sozialisten“, nicht verdrängten, daß der Ahnherr dieses Sozialismus, nämlich *Eugen Dühring*, auch der bis dato radikalste Antisemit Deutschlands gewesen war. Wie fließend die Übergänge vom „freiheitlichen Sozialismus“ zum Nationalsozialismus sein konnten, ergibt sich aus der Aussage des maßgeblichen Vertreters des ersteren, der auch als dessen „Ahnvater“ angesehen wird - er selbst wußte, daß *Dühring* diese Stellung gebührt -, nämlich *Franz Oppenheimer*;<sup>22</sup> dieser bekannte um 1933, sofort Nationalsozialist zu werden, wenn er nicht Jude wäre. *Erich Preiser*,<sup>23</sup> einer der späteren bundesdeutschen Hauptpropagandisten einer Wirtschaftspolitik à la *Keynes*, berichtete dementsprechend seinem Doktorvater *Oppenheimer* stolz über seinen Eintritt in die SA, die Teil einer Bewegung sei, die einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Marxismus verwirklichen wolle, den zu finden er schon immer als seine Lebensaufgabe angesehen hatte.

Im Kontext dieses Übergangsbereichs vom freiheitlichen Sozialismus zum Nationalsozialismus faszinierte *Karl Schiller* der durch letzteren ermöglichte Aufstieg der „hellen Köpfe“, zu denen er sich berechtigter Weise zählte und auch seine durchaus nicht so unbedeutende Mitwirkung beim NS-Regime erklärt. *Schiller* leitete ab 1940 eine Arbeitsgruppe am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, die Gutachten für das Oberkommando der Wehrmacht verfaßte und damit die Kriegführung, aber vor allem die Besatzungspolitik, welche die Sozialstaatskosten des NS-Regimes externalisierte, konzeptionell unterstützte. Allerdings wird aus diesem Kontext heraus durchaus glaubwürdig, wenn *Karl Schiller* später als offizieller Vertreter der Wirtschaftspolitik der bundesdeutschen SPD bekannte, daß seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nach 1945 keineswegs aus dem Nichts gekommen sei. Er sei vor 1933 durch seine akademischen Lehrer zu einem freiheitlichen Sozialisten geprägt worden. Dies sei dann für 12 Jahre unterbrochen worden, um dann nach Kriegsende wie selbstverständlich wieder aufgenommen zu werden. In wirtschaftspolitischer Hinsicht war da kein allzu großes Umdenken erforderlich; dieses Umdenken mußte eher von der klassischen (marxistischen) Richtung der SPD eingefordert werden, ein Prozeß, der dann mit dem Godesberger Programm von 1959 erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

### **Geheimer Wegbegleiter nach „Godesberg“**

Die Problematik der Stellungnahme *Schillers* erschließt sich erst, wenn man sie in den Kontext der Person stellt, die als der eigentliche Begründer des freiheitlichen Sozialismus ausgemacht werden kann, nämlich der genannte Privatdozent *Eugen Dühring*. Dieser war in

<sup>22</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Franz\\_Oppenheimer](https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Oppenheimer)

<sup>23</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_Preiser](https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Preiser) wo allerdings zur Motivlage des NSDAP- und SA-Eintritts nichts ausgeführt ist.



den 1870er Jahren innerhalb der Berliner SPD mit *Marx* und *Lassalle* als Parteitheoretiker auf eine Ebene gestellt worden. *Dühring* bestand darauf, daß der Sozialismus der würdige Nachfolger des Liberalismus sein müsse: Individualismus und Sozialismus gehörten notwendig zusammen. Die volle Entwicklung des einzelnen sei nicht in dem bisherigen Gewalt- und Unterdrückungsstaat, sondern erst in der „freien Gesellschaft“ der Zukunft möglich, die das Lohnsystem beseitigen, alle menschlichen Verhältnisse sozialisieren, allen Menschen Gleichberechtigung verleihen werde. „Das wirtschaftliche *laissez faire* ist nicht rückgängig zu machen, sondern zu einem socialpolitischen zu erweitern.“ Seine Lehre ist wohl mit der von *Proudhon* am engsten verwandt, wonach das nicht durch Arbeit erworbene Eigentum Diebstahl sei. Da *Dühring* aufgrund seines vom (Links-)Liberalismus kommenden „sozialitären“ Ansatzes „Marx von links“ (*Bernstein*) kritisierte, witterte *Engels* große Gefahr (die er bei einer Herausforderung von rechts nicht gesehen hätte!) und sah sich zur Abfassung des „Anti-Dühring“ gezwungen, der den Marxismus zu einer dogmatischen Lehre machte, die nahtlos in den Leninismus überleiten konnte.

Auch wenn man aufgrund des umfangreichen *opus* von *Dühring* über dessen extremistischen Antisemitismus hinwegsehen konnte, so kann nicht verkannt werden, daß bei ihm selbst Antisemitismus und „freiheitlicher Sozialismus“ doch zusammengehörten, da sein gegen *Lassalle* und *Marx* gerichteter Antisemitismus in deren Sozialismus-Konzeptionen zur Staatsknechtschaft führendes Judentum erkannte, das er mit einer freiheitlichen sozialistischen Gegenkonzeption bekämpfte. In seiner aufgrund des antisemitischen Ressentiments verschärften Kritik an diesen konkurrierenden Sozialismus-Konzeptionen von *Lassalle*, aber insbesondere von *Marx*, erkannte *Dühring* schließlich, daß vielleicht doch nicht das Eigentum das zentrale Problem wäre. Es war ihm auch nie überzeugend gelungen, den seiner Ansicht nach berechtigten, d.h. sich wirtschaftsimmanent ergebenden Teil von Eigentum und Zins gegenüber dem illegitimen Teil, den er als „Gewalteigentum“ bezeichnete, abzugrenzen, sofern man nicht im Zins als solchen, entsprechend der später vom Nationalsozialismus als „Zinsknechtschaft“ ausgegebenen durchaus sozialismusadäquaten Losung, dieses „Gewalteigentum“ erkannte.

Die Vereinigung von Liberalismus und Sozialismus, d.h. von Freiheit und Gleichheit, ist *Dühring* theoretisch nicht gelungen, aber er lieferte die Vorgaben, die in der politischen Praxis eine Annäherung ermöglichen konnte. Das sozialistische Anliegen mußte dann hauptsächlich durch sozialpolitische Maßnahmen und vor allem durch gewerkschaftliche Aktivitäten durchgesetzt werden, wobei das, was später als „Nachfragepolitik“ bezeichnet werden sollte, in das Zentrum einer sozialistischen Politik geriet. *Dühring* ist wohl überhaupt einer der ersten Sozialisten, der sich neben *Woltmann* nachdrücklich für die Anerkennung der „Arbeitercoalitionen“ eingesetzt hatte. Diese waren vom klassischen (marxistischen, aber auch lassalleschen) Sozialismus eher ablehnend betrachtet worden, bestand doch nach deren Ansicht die Gefahr, daß bei einer erfolgreichen Tarifpartnerschaft die Arbeiterklasse in den Kapitalismus integriert würde und damit als revolutionäres Potential ausfallen könnte. Auf diese Weise hat *Dühring*, lange nachdem er krankheitsbedingt (Erblindung) von der politischen Bühne abgetreten war, in linksgerichteten Kreisen fortgewirkt, boten doch seine Ideen die Möglichkeit, den totalitären Marxismus zu überwinden, um zu einem „freiheitlichen Sozialismus“ zu gelangen.

Davon war zuerst in Bezug auf *Johann Most* (1846-1906)<sup>24</sup> die Rede, dessen Adaption der *Dühringschen* Theorien anerkanntermaßen der erste Schritt vom autoritären zum freiheitlichen Sozialismus gewesen ist. Ja mehr noch: „Es ist eine Ironie der Geschichte, daß dieser fanatische Antisemit über Theodor Hertzka und Franz Oppenheimer direkt die

---

<sup>24</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Most](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Most)

israelische Genossenschaftsbewegung inspiriert hat, die dann von Martin Buber als bisher einziges nicht mißlungenes Experiment eines freiheitlichen Sozialismus gefeiert worden ist. Ebenso stark hat Dühring die Praxis der Sozialdemokraten beeinflusst, insbesondere Eduard Bernsteins Revisionismus“, so *Kaltenbrunner* in seiner einschlägigen<sup>25</sup> Studie. *Dühring* kann insofern als der geheime Wegbegleiter der SPD zum Godesberger Programm von 1959 angesehen werden. Mit diesem Programm hat die SPD nämlich unbewußt bei nachdrücklicher Mitwirkung des vom „freiheitlichen Sozialismus“ beeinflussten *Karl Schiller*, *Dühring* entsprochen, indem sich die SPD offiziell vom Marxismus als Parteidoktrin verabschiedete. Bösaartig könnte man hinzufügen, daß dies *Dühring* als Abkehr von jüdischen Doktrinen interpretiert hätte.

### **Ein sehr enger Scheideweg zwischen freiheitlichem und nationalem Sozialismus**

Folgte man also als Sozialist *Dühring* in seinem wirklich extremistischen Antisemitismus, dann gelangte man zum National-Sozialismus von *Adolf Hitler*, auch wenn *Dühring* selbst die schon 1879 ausdrücklich als „eine Art Nationalsozialismus“ angesprochene Position von *Lassalle* als „auf die Dauer für allen echten Socialismus unhaltbar“ angesehen hatte und sich selbst damit nicht unbedingt als Vorläufer *Hitlers* gesehen hätte. Sah man über den Antisemitismus (wo *Dühring* dann sicherlich *Hitler* gefolgt wäre) als so etwas wie eine Marotte hinweg, was allerdings bei *Dühring* aufgrund seines voluminösen und teilweise tatsächlich interessanten Opus durchaus möglich war, das etwa neben seiner lateinisch abgefaßten Promotion über die Infinitesimalrechnung eine Geschichte der Mechanik einschloß, dann war man als Anhänger der SPD auf dem Weg zum Godesberger Parteiprogramm von 1959! Auch diese Situation bestätigt die Erkenntnis, daß sich die Übergänge zwischen sozialistischen und sog. faschistischen Ideologien im Sinne eines geistigen Kontinuums als sehr fließend darstellen konnten. Es gab da einen sehr engen Scheideweg!

Dieser Scheideweg war auch deshalb sehr eng, weil *Hitlers* Sozialismus sich *Dühring* noch insoweit verpflichtet sah, daß das NS-Regime - bei bewußter Abgrenzung zum Faschismus in Italien - auf die Statuierung eines Streikverbots verzichtet hat, was im Konfliktfall dem NS-Regime die Durchsetzung von Arbeiterinteressen<sup>26</sup> bei der Betriebsleitung erleichterte. Dies war ein wesentliches Element neben zahlreichen weiteren Programmen, die nach dem „Endsieg“ hätten verwirklicht werden sollen, um „aus Deutschland den ersten wahren Sozialstaat“ zu machen. Der orthodoxe Marxismus, welcher innerhalb der SPD erst durch das Godesberger Programm als Parteidoktrin verabschiedet wurde, hat den sozialistischen Charakter der Wirtschaftspolitik des NS-Regimes immer wieder mit dem Hinweis bestritten, daß keine Verstaatlichungen vorgenommen worden wären (andererseits wird von marxistischen Theoretikern immer wieder bestritten, daß mit „Sozialisierung“ bei *Marx* überhaupt Verstaatlichung gemeint gewesen wäre). Dabei hat doch das *Hitler*-Regime insoweit vorweggenommen, was sich dann etwa unter dem Schlagwort „Euro-Kommunismus“ als Reformkonzepte für die stagnierende sozialistische Wirtschaft anbieten sollte, nämlich ein Absehen von der Verstaatlichung, weil das Eigentum aufgrund der Abschaffung der Grundrechte ohnehin einer staatlichen Lenkung unterworfen ist. Entsprechend der Festlegung im NS-Verfassungsverständnis hat der „deutsche Sozialismus“ den „bindungs- und verantwortungslosen Charakter des Eigentums“<sup>27</sup> überwunden, „da dem

<sup>25</sup> S. *Gerd-Klaus Kaltenbrunner*, Vom Konkurrenten des Karl Marx zum Vorläufer Hitlers: Eugen Dühring, in: *Karl Schwedhelm* (Hgg.) *Propheten des Nationalismus*, 1969, S. 36 ff.

<sup>26</sup> S. dazu *Höhne*, a. a. O., 349 ff.

<sup>27</sup> S. *Ernst Rudolf Huber*, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, 2. Auflage, Hamburg 1939, S. 373.

Sozialismus alles Eigentum Gemeingut“ darstellt. Der Eigentümer ist danach nur Verwalter seiner Güter und dabei gegenüber Volk und Reich verantwortlich. „Seine Rechtsstellung ist nur dann wirklich gerechtfertigt, wenn er dieser Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft genügt. Die Gemeinschaftsbindung tritt hier nicht als etwas Zusätzliches und Nachträgliches hinzu; sie ist keine von außen an das Eigentum herangetragene Beschränkung. Sondern sie wohnt der Substanz des Eigentums von vornherein inne; das Eigentum ist seinem Wesen und Inhalt nach eine gemeinschaftsgebundene Befugnis.“<sup>28</sup>

Mit anderen Worten: Im NS-Regime hat es an sich kein Privateigentum gegeben und konnte es auch nicht geben, weil die Grundrechte als solche, deren Kern zumindest nach radikal-liberaler Auffassung das Eigentumsrecht bildet, sozialismuskonform abgeschafft<sup>29</sup> waren. Was als „Eigentum“ verblieb könnte vielleicht als eine Art von der sozialistischen Volksgemeinschaft verliehenes „Lehen“ beschrieben werden (das dann immer weniger als Kreditsicherungsmittel zur Verfügung stand, zumal das NS-Regime aus sozialstaatlichen Gründen den Vollstreckungsschutz erheblich ausgeweitet hat), das dem „Eigentümer“ zustand, solange er sich „volkstreu“ als „zweckmäßiges Organ des Gemeinwesens“ (*Nietzsche*) verhielt und man muß wohl sagen, daß diese Art der Sozialisierung die einzig mögliche darstellt, wenn die förmliche Verstaatlichung vermieden werden soll. Die damit verbundene Funktionalisierung des Eigentumsbegriffs erschien dem deutschen Nationalsozialismus völlig ausreichend, um ohne Totalverstaatlichung, die man sich allerdings als Option vorbehielt<sup>30</sup> (außerdem wurden Unternehmen wie VW von vornherein als Staatsunternehmen betrieben) und systemimmanent als Drohpotential gegen die formalen Privateigentümer auch vorbehalten mußte, die sozialistische Volksgemeinschaft zu verwirklichen.

### **Heuchelei der sozialismusaffinen bundesdeutschen „Bewältigung“**

Trotz oder gerade wegen der Plausibilität der Einlassung *Karl Schillers*, daß er schon vor dem Nationalsozialismus sozialdemokratisch ausgerichtet gewesen war - was aber seiner NS-Mitgliedschaft nicht im Weg stand - ist es schon bemerkenswert, daß die NS-Mitgliedschaft von *Karl Schiller* (NSDAP, SPD) so gut wie nie zu einem Bewältigungsproblem gemacht worden ist, obwohl seine Belastung von mindestens ähnlicher Qualität war wie die seines Kanzlers *Kurt Georg Kiesinger* (NSDAP, CDU), die in der Öffentlichkeit immer wieder skandalisiert wurde. Die Einlassungen von *Schiller*, sofern er bei Nachwirken der erfolgreichen Immunisierungsstrategie *Schumachers* überhaupt auf diese Problematik eingehen mußte, wurden für bare Münze genommen, während die Einlassungen etwa eines *Filbinger* (CDU), um einen noch prominenteren Bewältigungsfall zu nennen, oder von Dritten zu dessen Gunsten einfach nicht geglaubt wurden. *Schiller* konnte sich erfolgreich auf eine kritische parteiamtliche Stellungnahme von NS-Seite zu seiner Promotion beziehen, in der ihm vorgeworfen wurde, daß sein Bekenntnis zum Nationalsozialismus nicht nachdrücklich genug wäre. Die Tatsache, daß jedoch diese Kritik seiner akademischen Karriere nicht entgegenstand, er sogar beim Kieler Institut privilegierten Zugang zur ausländischen Literatur hatte - was seinen Schüler *Helmut Schmidt* faszinieren sollte - und seine Schriften nie von einem Verbot bedroht waren, wird als unbeachtlich behandelt. Sicherlich kann man auch eine mentale Distanz zur NSDAP ausmachen, die sich aber kaum von derjenigen unterschieden

---

<sup>28</sup> S. *Huber*, ebenda.

<sup>29</sup> S. *Huber*, ebenda, S. 359 ff.: § 34: Von den Grundrechten zur volksgenössischen Rechtsstellung.

<sup>30</sup> S. zu den theoretischen Grundlagen der *Hitlerschen* Wirtschaftspolitik umfassend, *Rainer Zitelmann*, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, 1993 insbes. Kapitel IV. Revolutionierung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie und Umgestaltung der Wirtschaftsordnung als zentrale Zielsetzungen *Hitlers*.



haben dürfte, welche *Schiller* dann zur SPD aufwies, in der er doch so etwas wie ein zwar respektierter, aber nie wirklich geliebter Fremdkörper blieb: Es handelt sich hier um die Distanz eines technokratischen Intellektuellen zum politischen Schwulst sozialistischer Mentalität wie er bei allen Sozialismen zu finden ist.

Bei der letztlich doch bewältigungspolitisch privilegierten Behandlung von *Karl Schiller* wirkt sich die Tatsache aus, daß der Sozialismus des Nationalsozialismus zumindest amtlich nie zu einem Bewältigungsthema gemacht worden ist (auch eine Folge der erfolgreichen Immunisierungsstrategie von *Schumacher*, die Kollektivschuld durch eine „Klassenschuld“ zu ersetzen). Die fließenden ideologischen Übergänge, die sich dabei zwischen den verschiedenen Sozialismen ergeben konnten, sind nahezu überhaupt nicht problematisiert worden. Dies hat dann die Annahme zur Folge: Schließt sich ein ehemaliger Nazi der SPD an, dann ist er „Demokrat“ geworden, schließt er sich der CDU an, sind scheindemokratische Kontinuitäten zu vermuten, die bei (sozial-)demokratischem Bedarf skandalisiert werden müssen. Schließt sich ein ehemaliger Nazi gar einer Rechtspartei an, bleibt wegen des (angeblichen) Fortsetzungscharakters nur ein (sozial-)demokratisch gebotenes Parteiverbot übrig. Dabei ist unabhängig von der Frage, was die einzelnen Personen während der NS-Zeit taten (glaubten tun zu müssen / gezwungen wurden zu tun), zumindest im Bereich der Wirtschaftspolitik eindeutig, daß die unter „Ordoliberalismus“ zusammengefaßte liberal-konservative Synthese den wirklichen Bruch mit der NS-Wirtschaftspolitik markiert. Dagegen können die Maßnahmen, die am ehesten mit SPD assoziiert werden, wie staatliche Globalsteuerung der Wirtschaft, Subventionierung, Verschuldungspolitik, Hochsteuern, sowie die gesamte Sozialpolitik berechtigter Weise dem Verdacht einer mehr oder weniger starken wirtschaftspolitischen Kontinuität mit national-sozialistischen Konzepten unterstellt werden.

### **Scheitern des „freiheitlichen Sozialismus“**

Sicherlich stellte *Karl Schiller* neben *Ludwig Erhard* den bedeutsamsten Wirtschaftspolitiker der BRD dar. Glücklicherweise ist das Wirtschaftsministerium nach den Weichenstellungen durch *Erhard* kein besonders bedeutsames Ministerium gewesen, so daß sich konzeptionelle Fehlentscheidungen nicht so gravierend auswirken konnten. Damit hat sich bleibend das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ (wenngleich zunehmend durch Staatsverschuldung und - neuerdings - Euro-Rettung lädiert) durchgesetzt, während die wirtschaftspolitischen Konzepte von *Karl Schiller* nur temporäre Bedeutung hatten, die sich letztlich als Trugschlüsse erwiesen. Durch seinen, später allerdings revidierten, SPD-Austritt mußte dies *Schiller* selbst einräumen: Seine Genossen haben die Tassen nicht im Schrank gelassen (so eine prominente Formulierung von ihm). Die Probleme, die dadurch verursacht wurden, haben praktisch auch das wirtschaftspolitische Erfolgskonzept der BRD beschädigt. Damit ist auch der „freiheitliche Sozialismus“ gescheitert. Will man nicht zu Wirtschaftskonzepten zurückkehren, die sich letztlich auf eine Art von Kriegswirtschaft zurückführen lassen, dann hat der Sozialismus mit seinen spezifischen Anliegen keine Existenzberechtigung mehr. Der Niedergang der Sozialdemokratie in konzeptioneller Hinsicht, was mit erheblichen Absturzpotential hinsichtlich der Wähleranteile verbunden ist (wie die letzten Wahlen in den Niederlanden und Frankreich zeigen, welche die SPD im übrigen begrüßt!!) könnte andeuten, daß dies nunmehr allgemein begriffen wird.

### **Tendenziell gegen Grundrechte gerichtete Sozialstaatskonzeption**

Gegen die historische Tendenz, die gegen die Sozialdemokratie wirkt, kämpft diese vor allem mit dem Schlagwort „Soziale Gerechtigkeit“ an, womit sich für sich in Anspruch nimmt, dem Sozialstaatsprinzip besonders verpflichtet zu sein, indem sie sich dabei als „Gesellschaftsdemokratie“ (was „Sozialdemokratie“ ja in etwa bedeutet) gegen die gesellschaftliche Ungleichheit wendet. Dabei muß allerdings darauf hingewiesen werden: Die gesellschaftliche Ungleichheit, gegen die sich der Sozialdemokratismus dabei richtet, ist zumindest im Rahmen einer wirksamen Demokratie Ergebnis der Wahrnehmung von Grundrechten, die den unterschiedlichen Befähigungen der Menschen Raum zur Entfaltung bieten. Rechtsstaatlich gebotene Grundrechte zeigen dabei allerdings, daß die Menschen in zahlreichen Aspekten den sozialistischen Gleichheitsdogmen zuwider ungleich sind. Diese Ungleichheit an Intelligenz, Risikobereitschaft und Glück führt zur Einkommensungleichheit und zur sozialen Schichtung. Dementsprechend hatte der Sozialdemokratismus inhärente Schwierigkeiten mit der Akzeptanz von Grundrechten, soweit diese nicht zur Überwindung der bestehenden Gesellschaft im Interesse einer utopischen Zukunftsgesellschaft instrumentalisiert werden konnten. Eine Untersuchung zum „eigentümlichen Freiheitsbegriff“ der klassischen Sozialdemokratie<sup>31</sup> kommt dementsprechend zum Ergebnis, daß der Ansatzpunkt der Freiheitsvorstellungen der Sozialisten stets die Freiheit eines Kollektivs, nämlich des Proletariats, des Volkes oder der Menschheit, niemals jedoch die des einzelnen war. „Sowohl bei Marx wie bei Lassalle wird dieser Eigenwert (des Individuums, *Anm.*) aufgehoben. Bei Lassalle wird als neuer Wert, der diese Eigenwertigkeit des Menschen aufhebt, das Volk gesetzt.“<sup>32</sup>

So erklärt sich dann auch die Bewertung, daß das Sozialstaatsprinzip einst kreiert werden mußte, um „den Übertritt der Sozialdemokratie auf den Boden der rechtsstaatlichen Verfassung im Jahr 1919 möglich“<sup>33</sup> zu machen. Diese Sozialstaatskonzeption will dabei eine entscheidende Antwort auf den zentrale Vorwurf von *Karl Marx* gegen die Konzeption der Grundrechte geben, wonach diese nämlich „nicht auf der Seite der Machtunterworfenen, sondern auf der Seite der Machthaber standen“ (*Forsthoff*). Dies trifft aber nur insofern zu, wenn man als „Machthaber“ „das Kapital“ ansieht: Dies wiederum ist jedoch nur möglich, wenn man den Eigenwert des Rechtssystems und damit des Staates in der Moderne verkennt. Diese Verkennung liegt dem Ökonomismus des Marxismus, dem eher vormoderne Verhältnisse einer zunftherrschaftlichen Verschränkung des Gesellschaftlichen und Politischen<sup>34</sup> Pate stehen, in einer zentralen Weise zugrunde. *Marx* hatte deshalb die Menschenrechtskonzeption entschieden als „egoistisch“ abgelehnt und stattdessen eine Ordnung - „Kommunismus“ genannt - herbeiphantasiert, deren Gemeinschaftlichkeit so groß sein würde, daß es der atomisierenden Grundrechte gar nicht mehr bedürfen würde.

Die Sozialstaatskonzeption sollte dann zur Akzeptanz der Individualgrundrechte durch Sozialisten führen, indem man anerkennt, daß die gesellschaftlichen Ergebnisse der Grundrechtsausübung, insbesondere die Vermögensverteilung, durch Staatseingriffe revidiert werden dürfen. Allerdings ist dieser Ansatz doch mit der Gefahr verbunden, daß die Geltung der Grundrechte selbst relativiert wird, weil es aufgrund des marxistischen Ideenansatzes

---

<sup>31</sup> S. *Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, 1964.

<sup>32</sup> S. *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964.

<sup>33</sup> So *Ernst Forsthoff*, Zur heutigen Situation der Verfassungslehre, in: *Epirrhosis*, Festschrift für Carl Schmitt, 1968, S. 185 ff.

<sup>34</sup> S. dazu die entsprechende Analyse im Beitrag **Frankfurt 1614: Niederschlagung des Fettmilch-Aufstands / Gedanken zur „klassischen Berufung“ Deutschlands „zur sozialen Revolution“ (Karl Marx)** <http://links-enttarnt.net/?link=kommuntare&id=104> Klassenkampf als Fortsetzung der Ständekämpfe.

ohne diese Grundrechte eben keine sozialen Ungleichheiten gäbe. Diesen sozialstaatlichen Umverteilungsansatz hat das vom Sozialdemokratismus sicherlich nicht unbeeinflusste Bundesverfassungsgericht auf die Formel von „Grundrechten als Werteordnung“ gebracht.

Berechtigterweise muß zu diesem Ansatz gesagt werden: „Hätte der Nationalsozialismus 1933 die Grundrechte als Werte vorgefunden, dann hätte er sie nicht abschaffen brauchen.“<sup>35</sup> Auch der Nationalsozialismus hätte sich dann nämlich wie dies dann die Kommunisten taten, zu Grundrechten bekennen können, weil diese als „Werte“ doch entschieden ab-, um-, aber auch aufgewertet werden können. Insbesondere werden durch das Werteverständnis Grundrechte tendenziell ihres Charakters als negative Staatskompetenzen entkleidet und durch Unterminierung des rechtsstaatlichen Verteilungsprinzips<sup>36</sup> in Bindungsnormen umgedeutet, die sogar für das Denken des Bürgers verpflichtend werden: Dies kann dann unter Berufung auf Grundrechte in der Sache auf dasselbe hinauslaufen wie die offene Abschaffung der Grundrechte. Diese Art von Grundrechtskonzeption hat es dem Kommunismus, der die Grundrechte auf *Marx* und *Engels* zurückgehend, in einer ähnlichen Weise wie der Nationalsozialismus (zumindest für die Zeit des Sozialismus) hatte ablehnen müssen, die Akzeptanz der Grundrechte als Idee oder als „Wert“ ermöglicht, so wie er dadurch, den Strang der *totalitarian democracy* aufnehmend, den einst gegen die Demokratie konzipierten Kommunismus als „wahre“ Demokratie, als (totalitäre) „Volksdemokratie“<sup>37</sup> ausgeben konnte. Diese Umdeutung von Grundrechten und Demokratie durch eine sozialistische Sozialstaatlichkeit kann am besten anhand des berüchtigten Boykott-Artikels 6 der antifaschistischen DDR-Verfassung von 1949 dargelegt werden, wodurch der zentrale Gleichheitssatz zu einer Verpflichtung des Bürgers umformuliert worden ist, nicht zu „diskriminieren“, insbesondere nicht „Demokraten“, da dies „Boykotthetze gegen die Demokratie“ wäre. Damit diese „Diskriminierung“ der Demokraten (durch die Wähler) zum Schutz der „kämpferischen Demokratie“ (DDR-Selbstverständnis) nicht möglich wäre, war schließlich die Einheitsliste der Demokraten erforderlich.

Diese Konzeption hätte es allerdings auch dem Nationalsozialismus ermöglicht, Grundrechte und Demokratie zumindest als „Werte“ zu akzeptieren. Im Ergebnis unterscheidet sich dann nämlich die kommunistische / sozialistische Grundrechtskonzeption nicht von der Verneinung der Grundrechte durch die NS-Staatslehre:<sup>38</sup> Diese hat betont, daß es „im nationalen Sozialismus“ (gemeint: NS-Regime!) keine derartigen Grundrechte geben könne: „An Stelle des isolierten Individuums ist der in die Gemeinschaft gliedhaft eingeordnete Volksgenosse getreten, der von der Totalität des politischen Volkes erfaßt und in das Gesamtwirken einbezogen ist.“<sup>39</sup> Diese Theorie des „nationalen Sozialismus“ des Nationalsozialismus steht dabei dem klassischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts sogar näher als etwa die Ideologie des DDR-Kommunismus, die dem Ansatz von *Marx* zuwider die Grundrechte als „Wert“ positiv angesehen und sogar in der Verfassung verankert hat, was nur auf der Ebene der Sozialstaatsdoktrin möglich wurde, welche gegen Diskriminierungen durch Bürger gerichtet ist, während die staatliche Diskriminierung, die durch das klassische Grundrechtsverständnis abgewehrt werden soll, zur Verwirklichung des Sozialismus nachhaltig für erforderlich angesehen wird.

---

<sup>35</sup> S. *Forsthoff*, a. a. O., S. 190.

<sup>36</sup> Dieses besagt im Kern: Für den Bürger gilt: „Was nicht verboten, ist erlaubt“ und für den Staat gilt: „was nicht erlaubt, ist verboten.“

<sup>37</sup> Zum sozialistischen Demokratiebegriff s. den 2. Teil der vorliegenden Sozialismusbewältigung: **Totalitäre Demokratie - Die Demokratiekonzeption der sozialistischen Linken**  
<http://links-enttarnt.net/?link=komentare&id=144>

<sup>38</sup> S. *Huber*, a.a.O., S. 359 ff.: Von den Grundrechten zur volksgenössischen Rechtstellung.

<sup>39</sup> S. ebenda, S. 362.

Dieses Individualrechte verneinende Sozialstaatskonzept ist in der „Gefälligkeitsdiktatur“<sup>40</sup> des Nationalsozialismus erfolgreich als Mittel eingesetzt worden, sich - verglichen mit dem wirklich totalitären Kommunismus - ohne zu große gegen die Mehrheitsbevölkerung gerichtete Repression nach innen die Massenloyalität zu sichern, was letztlich allerdings dann doch nur durch den Übergang zur Kriegswirtschaft zu bewerkstelligen war. Die völlig unsolide finanzierten<sup>41</sup> sozialpolitischen Maßnahmen sollte die Popularität des NS-Regimes bald weit über die engere Parteifolgschaft ausweiten und der innerdeutschen Opposition gänzlich die Grundlage entziehen. „Bis 1938 festigte sich ein politischer Zustand, den Mussolini treffend als *democrazia totalitaria* bezeichnete“,<sup>42</sup> womit nichts anderes als die sozialistisch erwünschte oppositionslose Demokratie gemeint ist, die immerhin zumindest im Vergleich mit dem Kommunismus („Volksdemokratie“) bei weitem weniger mit terroristischen Methoden,<sup>43</sup> sondern durch Sozialpolitik herbeigeführt wurde.

Bereits von der NS-Bürokratie entworfene sozialstaatliche Konzepte, die nicht mehr umgesetzt werden konnten, wie der „Generationenvertrag“ bei der Rentenversicherung, sollten dann in der Bundesrepublik erfolgreich verwirklicht werden. Diese sozialstaatliche Kontinuität, die auch den 1. Mai (Tag der Arbeit), den man immer noch dem „Führer“ verdankt, trotz aller „Bewältigung“ als soziale Errungenschaft unberührt läßt, erklärt sicherlich die Möglichkeit der Transformation vom nationalen Sozialismus, der seinerseits in der Kontinuität mit der Konzeption des sozialdemokratischen Kriegssozialismus<sup>44</sup> gestanden ist, zum BRD-Sozialstaat. Für diese Kontinuität steht dann auch der Dr. Vater des SPD-Vorsitzenden *Kurt Schumacher*, nämlich *Johann Plenge* (1874-1963),<sup>45</sup> der sich 1933 nicht nur als Begründer des Nationalsozialismus verstanden wissen wollte, sondern nach 1945 auch als der Begründer des bundesdeutschen Sozialstaates. Der entschiedene NS-Gegner *Schumacher* wußte schon, warum es besser wäre, seine Dissertation nicht zu veröffentlichen: Sie stand den Auffassungen seines Doktorvaters doch zu nahe - abgesehen davon, daß ihm die theoretisch angestrebte Versöhnung von Klasse, Staat und Nation nicht gelungen ist: Der „demokratische Sozialismus“ (oder auch: „freiheitliche“, „ethische“ und mit sonstigen Qualifikationen) bleibt eine Quadratur des Kreises!

## **Sozialstaatskonzeption und linksautoritäre Demokratie**

Die Sozialstaatskonzeption der Sozialdemokratie, der „demokratische Sozialismus“ geht dabei über die Umverteilungspolitik gegenüber den gesellschaftlichen Ergebnissen freier Grundrechtsausübung ihrem Selbstverständnis als „Gesellschaftsdemokratie“ entschieden hinaus, indem vor allem die Konzeption einer „Demokratisierung der Wirtschaft“, wenn nicht der sonstigen gesellschaftlichen Bereiche, angestrebt wird. Auch hierbei ist hervorzuheben, daß dabei unter Berufung auf Demokratie in einer fundamentalen Weise in Grundrechte eingegriffen wird, genauer: Grundrechtssubstanzen umverteilt werden: Die Vereinigungsfreiheit (vgl. Artikel 9 GG) garantiert nun einmal, daß Vereinigungen, wie eine

<sup>40</sup> So *Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 2005, S. 49 ff.

<sup>41</sup> Darauf weist *Aly* zu Recht hin, s. a. a. O., etwa S. 53 unter Bezugnahme auf die zeitgenössische Einschätzung von *Carl Friedrich Goerdeler*.

<sup>42</sup> S. *Aly*, a. a. O., S. 29 f.

<sup>43</sup> S. ebenfalls bei *Aly*, S. 27: „Nach dem Anfangsterror waren dort (in den Konzentrationslagern, *Anm.*) am Jahresende 1936, also nach knapp vier Jahren des Konsolidierens, nur noch 4 761 Häftlinge eingesperrt - einschließlich der Alkoholkranken und Kriminellen“.

<sup>44</sup> S. hierzu vor allem die Ausführungen des nicht-orthodoxen Marxisten *Willy Huhn*, *Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus*, mit einem Vorwort von *Clemens Nachtmann*: *Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“ und biographischen Anhang von Ralf Walther*, 2003.

<sup>45</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Plenge](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Plenge) (ein sehr schwacher Beitrag).

Aktiengesellschaft oder eine Religionsgemeinschaft (anders als Parteien gemäß Artikel 21 GG), nicht demokratisch strukturiert sein müssen, sondern entsprechend der selbstbestimmten Aufgabe ganz anders, etwa nach gewichtetem Stimmrecht entsprechend Kapitaleinlage oder hierarchisch durch Einsetzung des Führungspersonals von oben. Notwendigerweise läuft dann im Zuge der „Demokratisierung der Gesellschaft“, d.h. bei Errichtung einer „Gesellschaftsdemokratie“ „mehr Demokratie“ auf weniger Freiheit hinaus, bzw. aus Sicht der sozialstaatlichen Umverteiler: Die Freiheitssubstanzen werden entschieden umverteilt. Die mit „Wirtschaftsdemokratie“ ursprünglich verfolgte Zielsetzung ist dabei als Sozialisierungersatz letztlich auf die Etablierung einer zum Staat parallel stehende Machtbildung der Gewerkschaften gerichtet (gewesen). *Alfred Weber* hat dies auf einem Gewerkschaftskongreß dergestalt<sup>46</sup> zum Ausdruck gebracht, daß Staat und Gewerkschaft als „wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ (Godesberger Programm) parallele Integrationsprozesse verfolgten, wobei es auf das „Tempo des Fortschreitens“ ankomme. Bleibe der Staat zurück, dann müsse er sich den Forderungen der Gewerkschaften beugen, die diese auch durch außerparlamentarisches Vorgehen durchsetzen dürfen. „Die Demokratie ist danach keine Verfahrensweise, sondern ein inhaltlich fixiertes Ziel. Jeder, der diesem Ziel entgegenschreitet, ist damit von vornherein demokratisch legitimiert, jeder, der ihm widerstrebt, kriminalisiert, auch wenn er sich auf die 'zufällige Mehrheit' stützt.“<sup>47</sup>

Dieses Demokratieziel besteht dann „alternativlos“ im - neuerdings vom Bundesverfassungsgericht verbotsbegründend bei Nichtverbot<sup>48</sup> hervorgehobenen - staatlichen Egalitarismus, welcher dann auch durch staatliche Maßnahmen in einen gesellschaftlichen erweitert wird, womit auch deutlich ist, daß die Utopie eines *Marx* doch noch fortwirkt, welcher der „Arbeiterklasse“ die Funktion der Verwirklichung der „wahren Demokratie“, die aufgrund der Überwindung der Vereinzelung und durch Absterben des Staates ohne Grundrechte auskommt, zuschrieb. Ein Ansatz übrigens, der auch für den Nationalsozialismus überzeugend war, verstand er sich doch konzeptionell als „Arbeiterpartei“, weil auch bei Ersetzung des Proletariats durch die Nation als Agens des sozialen Fortschritts zur Vergemeinschaftung - dies stellt den wesentlichen Schritt von klassischem Sozialismus zum „Faschismus“ dar - „der Arbeiter“ Kern der Nation blieb. Kann aber ein historisch mehr oder weniger zwingend festgelegtes egalitäres als „soziale Gerechtigkeit“ sozialstaatlich formuliertes Menschheitsziel noch eine als „frei“ zu bezeichnende Demokratie erlauben? Diese Frage ist zumindest in der Tendenz zu verneinen, da Demokratie ja Alternative (etwa: Alternative für Deutschland) bedeutet, was dazu führt, daß die Konzeptionen von „sozialer Gerechtigkeit“ und das, was sich dahinter dubioses verbirgt, ja abgewählt werden könnten.

Dementsprechend sollte nicht verwundern, daß sich die politische Linke durchaus explizit vom Mehrheitsprinzip als für eine Demokratie maßgebend verabschiedet hat. Hinzuweisen ist dabei vor allem auf zwei als sektiererisch erscheinende Bewegungen aus dem Zwischenbereich von SPD / KPD und Dadaismus in der Zeit der Weimarer Republik, nämlich der „Internationale Sozialistische Kampfbund“ (ISK) und schließlich „Neues Beginnen“. Diese Richtungen waren für die Nachkriegssozialdemokratie deshalb von entscheidender Bedeutung, weil aus diesen als sektiererisch anzusehenden sozialistischen Richtungen sich maßgebliches Personal der Nachkriegs-SPD rekrutiert hatte. Das „Neu Beginnen“,<sup>49</sup> die als leninistische Richtung innerhalb der SPD eingestuft worden ist, und deren Repräsentanten

<sup>46</sup> S. *Schrenk-Notzing*, a.a.O., S. 125 f.

<sup>47</sup> S. ebenda, S. 126.

<sup>48</sup> S. dazu den 27. Teil der Serie Parteiverbotskritik: **Menschenwürde als Feinderklärung gegen den deutschen Charakter der Bundesrepublik? Bemerkungen zum verfassungsgerichtlichen Nichtverbot mit Verbotswirkung** <http://links-enttarnt.net/?link=kampfumsrecht&id=148>

<sup>49</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Neu\\_Beginnen](https://de.wikipedia.org/wiki/Neu_Beginnen)



etwa der spätere Politikwissenschaftler *Richard Löwenthal*<sup>50</sup> und der spätere bayerische SPD-Vorsitzende v. *Knoeringen*<sup>51</sup> waren, wollte die SPD von ihren „demokratischen Illusionen“ befreien und propagierte als Widerstand gegen das NS-Regime, daß „nur diktatorisch zentralistische Staatsformen auf Dauer Bestand haben können ... Die Frage ist nur, ob diese Staatsformen faschistischen oder sozialistischen Inhalt haben, ob die sie führenden Organisationen die kapitalistische Profitwirtschaft bejahen oder mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug des Marxismus den Sozialismus ausgestalten wollen.“<sup>52</sup> Der Unterschied zwischen dieser SPD-Richtung, die allerdings dann doch mehr zur linksextremen SAPD des späteren SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers *Willy Brandt* und die revolutionsbereiten österreichischen Sozialisten tendierte, und dem von diesem bekämpften NS-Regime stellt sich doch als sehr vermindert dar, wenn man den sozialistischen Anspruch des NS-Regimes so nimmt wie er gemeint war, nämlich ernst! Warum sollte dann ein Sozialist gegen das NS-Regime Widerstand leisten, wenn die Alternative ebenfalls eine sozialistische Diktatur sein sollte?

Wichtiger als „Neues Beginnen“ war jedoch für die bundesdeutsche SPD der Nachkriegszeit die andere sektiererische sozialistische Richtung, nämlich der ISK, da aus dieser Richtung der gewissermaßen letzte SPD-Chefideologie, nämlich *Willi Eichler*,<sup>53</sup> hervorging, der wesentlich das Godesberger Programm von 1959 formulierte und dabei einen „ethischen Sozialismus“ durchsetzen wollte. Der ISK unter ihrem maßgeblichen Führer und Ideologen *Leonard Nelson*<sup>54</sup> stellte dabei die „erste sich zur Linken bekennende ... und auf der Linken operierende Partei (dar), die das Mehrheitsprinzip offen und grundsätzlich ablehnte und sich mit allem Nachdruck 'antidemokratisch' nannte.“<sup>55</sup> Anstelle des demokratischen Mehrheitsprinzips forderte *Nelson* die gegen den „zufälligen Mehrheitswillen“ gerichtete Verfassungsgerichtsbarkeit zur Durchsetzung seines ethischen Sozialismus und ansonsten aufgrund des von ihm postulierten Vorrangs des Rechts vor der Demokratie die internationale Einbindung. Mit der Ablehnung von Volkssouveränität und außenpolitischer Souveränität zeichnen sich charakteristische Konturen der späteren bundesdeutschen Ordnung, zumindest der von der Sozialdemokratie wesentlich gestaltete bundesdeutschen Realverfassung ab, wobei als bemerkenswert hervorgehoben werden muß, daß diese Elemente von deren Befürwortern explizit als „antidemokratisch“ postuliert wurden!

Die SPD-Tradition verfügt jedoch aus dem Arsenal der sozialistischen Ideentradition Argumentationsmuster, das erlaubt Antidemokratisches als Verwirklichung von Demokratie auszugeben. Hingewiesen sei auf eine maßgebliche Einschätzung des „Revisionisten“ *Eduard Bernstein*, welcher ja letztlich mit dem „Godesberger Programm“ den Sieg davongetragen hat: „Die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß macht nicht das Wesen der Demokratie aus, wie diese heute zu verstehen ist. Wesentlich für die Demokratie in der Gegenwart ist die Selbstbestimmung bei gleichem Rechte und freiem Wort. Jede Beeinträchtigung des freien Wortes ist Beeinträchtigung der Demokratie“. „In diesem Satz sind „heute“ und „Gegenwart“ wichtig“,<sup>56</sup> weil dies in der Tat eine erhebliche, den Zeitumständen, vor allem der Parteitaktik geschuldete Relativierung des Demokratieprinzips ermöglicht. Daß die angeführte Aussage nicht eine mehr beiläufige Bemerkung ist, sondern auf den Kern der sozialdemokratischen Demokratieproblematik abzielt, geht daraus hervor, daß *Bernstein* selbst noch eine kulturphilosophische Standortbestimmung herausgegeben hatte, nämlich von *David Koigen*,

<sup>50</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Richard\\_L%C3%B6wenthal](https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_L%C3%B6wenthal)

<sup>51</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar\\_von\\_Knoeringen](https://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar_von_Knoeringen)

<sup>52</sup> Die Programmschrift ist zitiert bei *Schrenk-Notzing*, a.a.O., S. 112.

<sup>53</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Willi\\_Eichler](https://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Eichler)

<sup>54</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Leonard\\_Nelson](https://de.wikipedia.org/wiki/Leonard_Nelson)

<sup>55</sup> S. *Schrenk-Notzing*, a.a.O., S. 105.

<sup>56</sup> So zu Recht die Analyse von *Schrenk-Notzing*, a.a.O., S. 85.

Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit, 1912, die für die demokratische Staatsform wenig Interesse zeigte, sondern sich für „das Demokratische“ als „Beherrschungs- und Bewertungsmethode des Lebens“ aussprach. „Das Demokratische“ „kann damit auf alle Lebensgebiete angewandt werden, aber zugleich im Gebiet der politischen Entscheidung eingeschränkt werden.“<sup>57</sup> „Gesellschaftsdemokratie“, d.h. die „Demokratisierung“ aller möglichen Lebensbereiche geht dann durchaus mit der Beschränkung von Demokratie auf Staatsebene einher. Was der „Internationale Sozialistische Kampfbund“ da als links und „antidemokratisch“ verstanden hat, kann bei entsprechender parteiphilosophischer linker Standortbestimmung dann als von den Zeitumständen geschuldete Verwirklichung von Demokratie verstanden werden, da es auf das Prinzip der Mehrheitsentscheidung nicht unbedingt ankommen muß, um von Demokratie sprechen zu können. Die Schlußfolgerung bei diesem Ansatz ist dann allerdings, daß dann in der Tat sich auch die linke DDR-Diktatur als „demokratisch“ verstehen konnte, galt es doch Demokratie zumindest als „Wert“ dadurch zu verwirklichen, daß man in der „kämpferischen Demokratie“ (Hauptvertreter: Stasi-Chef *Mielke*) den Demokratiefeinden, welche wohl die potentielle Mehrheit der „Arbeiter und Bauern“ (die sozialistisch an die Stelle der Deutschen treten sollten wie in der linksgerichteten €-Ideologie die „Marktbürger, ausmachen könnten, von vornherein nicht die Möglichkeit gibt, Wahlen zu gewinnen.

### **NS als sozialstaatliche Demokratie?**

Kann man auf dieser Grundlage eines entsprechend der historischen Standortbestimmung zu modifizierenden Demokratieverständnisses dann nicht auch die national-sozialistische Herrschaftsordnung als „Demokratie“ ansprechen? Dies entsprach durchaus dem Verständnis von Anhängern des Nationalsozialismus - welchem allerdings *Ernst Rudolf Huber* (Vater des bundesdeutschen evangelischen (Bundes-)Bischofs (BuBi) und SPD-Mitglieds) als maßgeblicher Verfassungsjurist des „nationalen Sozialismus“ entgegentrat -, wonach<sup>58</sup> „das völkische Führerreich ... eine Demokratie sei, ja erst es sei die eigentliche und echte Demokratie, die der verderbten westeuropäischen Formaldemokratie entgegengesetzt werden müsse.“ *Huber* selbst ist dieser Ansicht nicht gefolgt,<sup>59</sup> da der Begriff „Demokratie“ auf etwas anderes festgelegt sei, während im „völkischen Führerreich“ das souveräne Volk sich nicht selbst regiert, sondern „die Substanz der politischen Einheit ist, während der Volkswille durch den Führer hervorgehoben wird“. Aufgrund der Übereinstimmung von Führer und Volk im nationalsozialistischen Reich würde sich allerdings ergeben, daß das Führerreich auch keine Diktatur darstellen würde: „Die häufige antithetische Entgegensetzung ‚Demokratie oder Diktatur?‘ kann auf das Deutsche Reich in keinem Sinne angewandt werden. Es ist weder Demokratie noch Diktatur, sondern ein völkisches Führerreich.“<sup>60</sup>

Dieser offiziöse Erklärungsversuch für die - erkennbar dialektische - Aufhebung der Gegensätze Demokratie und Diktatur ordnet sich in die sozialistische Tradition ein, in der das „Endziel“ einerseits als dialektisches Gegenteil von Demokratie, andererseits als „wahre Demokratie“ beschrieben wird, die aber wiederum doch keine Demokratie ist, sondern eben „Sozialismus“ (bzw. Kommunismus). Es blieb dabei die Überzeugung *Hitlers*, „daß jede Staatsgewalt vom Volk ausgehen muß und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt werden“ müsse.<sup>61</sup> Diese demokratische Bestätigung wurde dabei in der oppositionslosen

<sup>57</sup> S. ebenda S. 85 f.

<sup>58</sup> S. bei *Huber*, a.a.O., S. 209.

<sup>59</sup> S. ebenda, S. 210

<sup>60</sup> S. ebenda, S. 211.

<sup>61</sup> S. Erlass des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes vom 1. August 1934 über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, RGBl. 1934 I S. 758.

Abstimmung über das Staatsoberhauptgesetz vom 01.08.1934 erkannt, welches mit einer Mehrheit von 89,9% gebilligt worden ist.<sup>62</sup> Damit war allerdings der nationalsozialistischen Vorstellung der Volkssouveränität Genüge getan.<sup>63</sup> Auf der Grundlage dieses Aktes konnten nunmehr die Vertreter des Volkes nicht mehr vom Volk in unmittelbarer und mittelbarer Wahl bestimmt werden, sondern wurden vom Führer ausgewählt. Der Führer als „*legislateur*“ im Sinne von *Rousseau* durfte dabei allerdings nicht nur seinen individuellen Willen zum Ausdruck bringen, sondern in ihm mußte sich der Volkswille verkörpern. Um dies sicherzustellen, bedurfte der Führer der Beratung, welche durch die nun von oben ausgewählten Vertreter erfolgt, die besonders befähigt sein müssen, wobei die Einheitspartei diese Rekrutierung sicherstellen sollte.

Festzuhalten ist, daß sich bei diesem Oszillieren zwischen Diktatur und Demokratie / Diktatur als Verwirklichung von Demokratie (vgl. „Diktatur des Proletariats“), verbunden mit dem sozialstaatlichen Populismus (Erkaufen des demokratisch ausgeübten Stimmrechts für Diktaturmaßnahmen) auch der Nationalsozialismus in die klassische sozialistische Demokratieproblematik einordnen läßt. *Hitler* lehnte zwar aufgrund seiner antikapitalistisch-sozialistischen Haltung die parlamentarische Demokratie ab, nahm jedoch „gleichzeitig für sich in Anspruch, die Demokratie nicht einfach abzuschaffen, sondern in einem *Hegelschen* Sinne aufzuheben in einer höheren Form.“<sup>64</sup> In der Tat stellt sich *Hitler* im Grunde seines Herzens als Demokrat dar: „Die wahre Selbstverwaltung eines Volkes, die für mich (*Hitler, Anm.*) der tiefste Sinne der Demokratie ist, kann zweifellos nicht auf dem Wege des reinen Parlamentarismus erreicht werden, sondern nur auf dem Wege einer Selbstverwaltungsorganisation, in der die Besten und Geeignetsten nach oben kommen müssen.“ Die besondere bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption beruht ja auf der Annahme, daß der Nationalsozialismus demokratisch an die Macht gekommen sei, was ja demokratiethoretisch bei entsprechendem Verständnis, welche die sozialistische Tradition nahelegt, ja tatsächlich als „demokratisch“ angesehen werden könnte.

Aber gibt es insofern Fortsetzungszusammenhänge zwischen dem nationalsozialistischen demokratisch-diktatorischen „Experiment“ (so würde man dies nennen, wenn man den sozialistischen Charakter des NS-Regimes akzeptieren würde) und der bundesdeutschen Nachkriegs-SPD, in der Personen, die - bei üblicher Bewertung von Demokratie - aus nicht besonders demokratischen und freiheitlichen sozialistischen Sekten kamen (wie ISK und Neues Beginnen) oder einen linksextremen Hintergrund hatten (wie der erste SPD-Bundeskanzler und der dann maßgebliche Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion), oder aber auch im Nationalsozialismus aktiv waren (wie die eingangs genannten Bundesminister, insbesondere *Karl Schiller*)?

### ***Hitlers Vermächtnis an den bundesdeutschen Sozialdemokratismus: Kampf gegen rechts***

<sup>62</sup> Was das Ergebnis genuiner erscheinen läßt, als die absurden Mehrheiten von 99,9 % in Sowjetregimes; ganz hat das *Hitler*regime aber dieser plebiszitären Herrschaftslegitimation nicht vertraut, weil man es notwendig fand, das parlamentarisch erteilte Ermächtigungsgesetz ausdrücklich zu verlängern, und zwar im Januar 1937 und im Januar 1939 durch den von der Staatspartei beherrschten Reichstag auf jeweils beschränkte Zeit und im Mai 1943 durch *Hitler* selbst auf unbestimmte Zeit.

<sup>63</sup> Die repräsentativste Selbstdarstellung des NS-Verfassungsrechts dürfte im genannten Werk von *Huber* bestehen, des wirklichen Kronjuristen des 3. Reiches (was *Carl Schmitt* dementsprechend nicht war!); s. dort vor allem das IV. Kapitel (Der Führer), S. 194 ff. und das VII. Kapitel (Die Rechtstellung des Volksgenossen), S. 359 ff.; ergänzend ist bei entsprechendem Erkenntnisinteresse (das dem „Antifaschismus“ abzusprechen ist) zur Selbsteinschätzung des Nationalsozialismus als Sozialismus das Werk von *Huber*, Die Gestalt des deutschen Sozialismus, von 1934 heranzuziehen.

<sup>64</sup> So *Zitelmann*, a. a. O., S. 439.

Demokratietheorien, die sich gegen das Mehrheitsprinzip wenden oder auch verwandte antidemokratische Ansichten, die sich allerdings auf zentrale Demokratieelemente wie Volkssouveränität, Volksgemeinschaft oder Volk beziehen (womit dann natürlich nicht die antidemokratischen Vorbehalte der traditionellen Rechten des 19. Jahrhunderts gemeint sein können), haben primär die Absicht der Feindbestimmung. Es geht dabei nicht um den Antagonismus, welcher der auf dem Mehrheitsprinzip beruhenden (normalen) Demokratie, die friedlichen Machterwerb einer Opposition als charakteristisch ansieht, immanent ist. Vielmehr geht zur Behauptung der „demokratischen“ Alternativlosigkeit um die Ausschaltung gegnerischer Positionen. In diesem Sinne war es dem Nationalsozialismus darum gegangen, die „linken Klassenkämpfer“, d.h. das Führungspersonal von SPD und KPD auszuschalten, um deren Wählerschichten mit sozialstaatlichen Mitteln als Machtbasis seines „Arbeiterstaates“<sup>65</sup> aufzubauen, was dem NS-Regimes dann relativ schnell gelungen ist, wie die Beobachter der Exil-SPD schon 1935 feststellen mußten.

Was jedoch der Nationalsozialismus nach der späten Erkenntnis des Parteiführers *Adolf Hitler* dabei als „große Unterlassungssünde“ versäumt hat, war jedoch „den Schlag gegen rechts“ zu führen. Für die kongeniale „Bewältigung“ ist dies ein wesentlicher Grund, den NS als „rechts“ einzuordnen. In der Tat sah sich der Nationalsozialismus doch in der Legalitätsfalle gefangen, d.h. er sah sich in seiner relativ kurzen Regierungszeit (verglichen etwa mit der Zeit des Sowjetkommunismus oder auch der besonderen DDR-Demokratie mit antifaschistischem Schutzwall), außer in der „Judenfrage“, nicht in der Lage, sein sozialistisches Programm wirklich durchzusetzen, was dem NS-Regime sicherlich einen „rechteren“ Anstrich gab als es die Absicht war, da nun einmal die Staats- und Wirtschaftsstrukturen des modernen Deutschlands im Kaiserreich unter der ideologischen Hegemonie der politischen Rechten geschaffen waren, die nicht so schnell beseitigt werden konnten (worauf letztlich auch der Erfolg der BRD wesentlich zurückzuführen ist), sofern man die Legalitätstaktik beibehielt. So war nach *Ernst Röhm* die „nationale Erhebung“, also der Regierungsantritt *Hitlers* und der Erwerb der - parlamentarisch mit verfassungsändernder Mehrheit lediglich vorübergehend gewährten - Diktaturgewalt nur „eine Teilstrecke der deutschen Revolution, die wir durchschreiten müssen, um zum *nationalsozialistischen* Staat, unserem letzten Ziel zu gelangen.“<sup>66</sup> Damit war ersichtlich gemeint, daß der (National-)Sozialismus mit der Machtübernahme noch nicht verwirklicht war. Das geschichtliche Paradox besteht nun darin, daß *Hitler* das Vorhaben von *Röhm*, die Regierungsübernahme der „nationalen Erhebung“ durch eine sozialistische Volksrevolution, die von der „Volksmiliz“ SA geführt würde, zu vollenden, eigentlich richtig<sup>67</sup> fand. Trotz einiger entgegenstehender Äußerungen war *Hitler* nämlich davon überzeugt, daß die Revolution noch vollendet werden müsse, „es harrten unser soziale, kulturelle, wirtschaftliche und nicht zuletzt juristische Arbeiten, die nicht leicht durchzuführen seien.“<sup>68</sup> Er folgte jedoch im Falle des „Röhmputsches“ notgedrungen (Befürchtung eines rechten Staatsstreichs vor der Machtkonsolidierung des NS-Regimes durch Stützung auf die Arbeiterschaft) der von traditionellen Kräften dominierten Armee und Bürokratie, was *Hitler* spätestens nach dem 20. Juli 1944, also nach dem rechtsextremen Attentat gegen ihn zutiefst bedauern sollte. Dieses zeigte, daß die wirkliche Gefahr für den Nationalsozialismus doch eher von rechts ausging als von der traditionellen Linken, vor der *Hitler* aufgrund ihrer Kampf- und Revolutionsbereitschaft tiefsten Respekt hatte und deshalb fürchtete. Seine Erkenntnis vom Januar 1945, den „Schlag gegen rechts“ unterlassen zu

<sup>65</sup> „Brechtet das Joch der Tyrannen / die euch so grausam gequält / Schwenket die Hakenkreuzfahne / über dem **Arbeiterstaat!**“, heißt es in der NS-Version des SPD-Sonnenliedes „Brüder zur Sonne zur Freiheit“.

<sup>66</sup> S. *Peter Longenrich*, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, 1989, S. 180.

<sup>67</sup> S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 110.

<sup>68</sup> So *Hitler* in einem Gespräch mit dem italienischen Justizminister *Grandi* am 25.11.1940, s. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 113.

haben, kann man als Vermächtnis für die weitere Sozialismus-Verwirklichung („soziale Gerechtigkeit“, d.h. Gerächtigkeit) verstehen.

### **Aufgreifen der „Schlag gegen rechts“-Maßgabe in der Bundesrepublik**

Die Tatsache, daß diese Maßgabe *Hitlers*, den sozialistischen „Schlag gegen rechts“ zu führen, in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig, d.h. mit dem Ziel der Ausschaltung politischer Opposition, umgesetzt wird, mag einem zutreffend an einen SPD-Politiker, nämlich den Landtagspräsidenten von Rheinland-Pfalz, *Hendrik Hering*, gerichteten Brief<sup>69</sup> entnommen werden:

„Ich habe es satt, mich als AfD-Mitglied von Ihnen und Ihresgleichen beschimpfen zu lassen. Bürger, die Veranstaltungen der AfD besuchen wollen, werden abgedrängt und verprügelt, AfD-Politiker werden zusammengeschlagen, ihre Autos und Häuser mit Farbe besprüht, Fenster eingeschlagen, ja sogar an Häusern Feuer gelegt. Die Privatadressen von AfD-Mitgliedern werden veröffentlicht, und ihre Kinder werden in der Schule isoliert, eingeschüchtert und genötigt.

Wirte, die der AfD Räume für Veranstaltungen zur Verfügung stellen, werden bedroht und ihre Immobilien beschädigt. Nicht die AfD ist gefährlich, sondern Menschen wie Sie, Herr Hering. Menschen, die ein solches Verhalten billigen oder unterstützen. Dazu zählen auch hohe Kirchenvertreter und Funktionäre der SPD, Grünen, Linken sowie der Gewerkschaften.

AfD-Mitglieder und -Wähler zünden keine Autos an, brechen keine Kiefer und beschädigen kein Eigentum. Wir sagen, was uns stört und was wir besser machen wollen. Von uns geht aber niemals Gewalt aus. Der Brandanschlag auf mein Auto und unser Haus sowie der Überfall auf meinen Mann veranlasste Sie und Ihre Genossen nur zu einem müden Telefonanruf. Eine öffentliche Stellungnahme oder gar ein Thema im Parlament – Fehlanzeige. Der obligatorische Blumenstrauß ins Krankenhaus verbunden mit Genesungswünschen an meinen Mann – Fehlanzeige.

Stattdessen feuern Sie mit Ihren Aussagen – Ihr Parteigenosse Herr Schweitzer steht Ihnen da in nichts nach – die Aktivitäten der Linksextremisten an. Sie gießen Öl ins Feuer, statt Alarm zu schlagen, weil Sie nicht sehen wollen, dass es in unserem Land bereits an allen Ecken brennt. Wie lange wollen Sie das noch tun? Was muss noch passieren, ehe Sie und das Parlament sich von diesen politisch motivierten Straftaten distanzieren? Wann haben Sie vor, Ihrer Bestürzung öffentlich Ausdruck zu verleihen? Muss es erst Tote oder Schwerstverletzte geben? Wenn dies eintritt, dann haben auch Sie sich mitschuldig gemacht. Das kann dann auch Ihre Ministerpräsidentin Dreyer nicht mehr weglächeln.

Wissen Sie, wie das ist, wenn man sich in seinem Haus nicht mehr sicher fühlt? Wenn man sich mit Freunden und Familie nicht mehr öffentlich treffen kann, weil man sie nicht der Gefahr aussetzen will, mit AfD-Mitgliedern gesehen zu werden? Was tun wir AfD-ler, dass wir Ihren Anfeindungen ausgesetzt werden? Wir haben nur eine andere politische Überzeugung! Und das in Deutschland, nicht in einer Diktatur!“

---

<sup>69</sup> S. den Brief der Frau des rheinland-pfälzischen der AfD-Vorsitzenden *Uwe Junge*, *Claudia Junge*:  
<https://www.facebook.com/claudia.junge.96/posts/1194161537376700> bzw.  
<https://ef-magazin.de/2017/06/02/11105-ausgrenzung-der-afd-sie-giessen-oel-ins-feuer>



Die in diesem offenen Brief aufgeführten Verhaltensweisen bundesdeutscher „Demokraten“ geben ein bereits seit Ende des NS-Regimes eingespieltes totalitäres Verhalten in der bundesdeutschen Realverfassung wider, das mentalitätsmäßig nur als Fortführung einer bestimmten Mentalität angesehen werden kann und sich dabei auf eine Demokratietheorie abstützt, die ausgestattet mit Parteiverbotskonzeption und Ersatzverbotskonzeption mit Aktivitäten der „Zivilgesellschaft“ wie Grundrechtsverhinderungsaktionen zum Zweck der Ausschaltung politischer Opposition gegen das Mehrheitsprinzip, d.h. gegen eine potentielle Mehrheit, gerichtet ist und als „soziale Gerechtigkeit“ bzw. „Gerächtigkeit“ firmiert. Wie diese Mentalität einzuordnen ist, hat im Zusammenhang mit der sog. Sektenbekämpfung,<sup>70</sup> also der amtlichen Hysterie, die weltanschaulichen Minderheiten entgegengebracht wird, Professor *Martin Kriele*,<sup>71</sup> selbst Sozialdemokrat, als „faschistisch“<sup>72</sup> (gemeint: nationalsozialistisch) beschrieben. *Kriele* wirft dabei den „Sektenjägern“ nicht vor, „daß sie Faschisten seien. Die meisten sind in ihrer politischen Orientierung eher dem breiten Spektrum der Sozialdemokratie zuzuordnen. Es geht um bestimmte Elemente ihres Denkens und Agierens, die stark an die dreißiger Jahre erinnern.“ Daß hierbei ein Sozialdemokrat selbst einen Zusammenhang von bundesdeutschem Sozialdemokratismus - welcher über die SPD hinausgehend die politische Linke unter Einschluß der linksgerichteten „Mitte“ erfaßt - und dem als „Faschismus“ bezeichneten historischen Nationalsozialismus herstellt, ist bei Verständnis der geistesgeschichtlichen Zusammenhänge äußerst aufschlußreich.

Was *Kriele* hinsichtlich der Anti-Sektenpolitik ausgemacht hat, gilt erst recht im „Kampf gegen rechts“, wo erkennbar das Vermächtnis von *Hitler* umgesetzt wird, die in dessen Bedauern liegt, den „Schlag gegen rechts“ zum Nachteil der Verwirklichung des (National-) Sozialismus unterlassen zu haben. Dementsprechend wird auch der NS-Slogan: „Kauf nicht bei Juden“ in politisch organisierten und erzwungenen Kündigungen<sup>73</sup> von Versammlungsräumen, Konten, Taxen und dergleichen „gegen rechts“ mentalitätsmäßig fortgeführt. Die Tatsache, daß dies trotz oder gerade angesichts von sog. Antidiskriminierungsgesetzen (Gleichbehandlungsgesetzen) geschieht, zeigt die für den „Faschismus“ unter Berufung auf „soziale Gerechtigkeit“ typische Verachtung sogar politisch selbst befürworteter rechtlicher Normen an, wenn sie konkret nicht ins sozialistische Programm passen. „Ein weiterer faschistischer Zug der Sektenjagd liegt in ihrer Rechtsfremdheit, d.h. in zahllosen Versuchen, die die Minderheiten schützenden Rechtsregeln zu durchlöchern, zu umgehen oder zu verletzen.“<sup>74</sup>

„Gegen rechts“ wird eine ideologie-politische Apartheidpolitik<sup>75</sup> betrieben, die angesichts der Beschwörung von „Vielfalt“ nur damit zu erklären ist, daß „ein Rechter“ (ein Begriff der dem „Faschismus“ des „Antifaschismus“ entsprechend sehr weit ausdehnbar ist) vom faschistischen Antifaschismus in einer Weise klassifiziert wird, wie Rassisten die Angehörigen einer als minderwertig angesehenen Rasse. Den quasi-rassistischen Charakter

<sup>70</sup> S. zum entsprechenden zweibändigen Sammelwerk zur problematisch gewordenen Religionsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland, die Kommentierung von *Hans-Helmuth Knütter*, *Verfassungsschutz und Sektenkeule* <http://links-enttarnt.net/?link=verfassungsschutz&id=70>

<sup>71</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Martin\\_Kriele](https://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Kriele)

<sup>72</sup> S. *Martin Kriele*, Die faschistischen Züge der Sektenjagd, in: *Gerhard Besier / Erwin K. Scheuch* (Hrsg.), Die neuen Inquisitoren. Religionsfreiheit und Glaubensneid, Teil I, Osnabrück 1999, S. 394 ff.

<sup>73</sup> S. dazu die gutachterlichen Stellungnahme des Verfassers, *Zivilrecht als politisches Kampfinstrument? Zur Kündigung von Girokonten aus politischen Gründen* <http://links-enttarnt.net/?link=kampfrrecht&id=14>

<sup>74</sup> So *Kriele*, a.a.O., S. 399.

<sup>75</sup> Dieser Begriff ist verwendet in der Studie über die politische Diskriminierung von Burschenschaften durch die sozialistische CSU-Politik mit den Mitteln des bayerischen „Verfassungsschutzes“: *Extremismus als Mode* Der Fall »Sascha Jung« und die Bekämpfung der Münchner Burschenschaft Danubia im Freistaat Bayern <http://links-enttarnt.net/?link=interviews&id=87>

dieser Anti-Rechts-Politik zeigt sich auch daran, daß die auf Plakaten von meist rechtswidrigen sog. „friedlichen“ Gegendemonstrationen also von Grundrechtsverhinderungsaktionen beschworene „Vielfalt“ offensichtlich nur (multi-)rassisch, also letztlich rassistisch<sup>76</sup> gemeint ist, aber die politische Vielfalt (Pluralismus) explizit ausschließt, was wiederum in einer Kontinuität mit der NS-Ideologie steht.

Als weiterer „typischer faschistischer“ Zug stellt sich in diesem Zusammenhang die Verbindung von tückischer Schläue mit intellektueller Primitivität dar. So läuft jemand, der für die Grundrechte einer amtlich angebräunten Organisation eintritt, Gefahr, selbst als „Brauner“ vorgeführt zu werden, wobei dann das Prinzip „*guilt by association*“ praktiziert wird: „Mitunter werden lange Assoziationsketten aufgebaut“, jemand habe mit jemanden gesprochen, der in einem Verlag ein Buch veröffentlicht habe, wo auch jemand ein Buch veröffentlicht hat, der mit einer „Braunen“ in Lebenspartnerschaft verbunden ist, mit der Folge, dass dann auf alle auf diese Weise in Verbindung gebrachte Personen der „Verdacht eines Verdachts“ lastet. Die so unter Verdacht geratenen Personen werden dann „isoliert und bedroht, lächerlich und verächtlich gemacht. Sie verbringen ihre Nächte schlaflos, geängstigt und in Tränen; manche erwägen die Emigration – wie einst zur Nazizeit.“<sup>77</sup>

*Kriele* spricht im Zusammenhang mit der „Sektenjagd“, die sich dabei nahezu nahtlos auf den „Kampf gegen rechts“ übertragen läßt, daß sich hierbei ein „alternativer Freiheitsbegriff“<sup>78</sup> manifestieren würde. Danach stellt sich dann Religionsfreiheit als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in Organisationen dar, die ihren Mitgliedern besondere Pflichten auferlegen, auch wenn ihre Mitglieder freiwillig ein- oder austreten können. Das darauf abgeleitete Recht des Staates, die Bürger vor Mitgliedschaft bei „Sekten“ zu warnen, würde konsequenterweise auf die etablierten Kirchen ausgeweitet werden müssen, womit deutlich wird, daß dieser alternative Freiheitsbegriff letztlich auf die marxistische Auffassung hinausläuft, wonach Religionsfreiheit ohnehin die Befreiung von der Religion bedeute. Kunstfreiheit bedeutet dann Freiheit von der Kunst - verfassungsreligiöses Bildverbot<sup>79</sup> - und Wissenschaftsfreiheit die Freiheit von der Wissenschaft<sup>80</sup> und damit ein sozialistisches Ideologiegebot. Diese Freiheitsrechte werden über „Werte“ in ein politisches Kampfprogramm gegen Opposition verwandelt. Es wird damit die sozialstaatliche Freiheitsumverteilung deutlich, die es auch dem Nationalsozialismus erlaubt hätten, sich auf Grundrechte zu berufen.

## **Notwendigkeit der Sozialismus-Bewältigung**

Diese totalitären Züge der bundesdeutschen politischen Mentalität, welche sich vor allem im „Kampf gegen rechts“ zeigen, können zugunsten einer normalen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nur dadurch überwunden werden, daß eine umfassende

---

<sup>76</sup> S. zur entsprechenden multikulturellen Transformation des Rassismus den zweiteiligen Beitrag des Verfassers: **Von der amerikanischen Sklaverei zum bundesdeutschen Kampf gegen Rechts - Metamorphosen des Rassismus**

1. Teil: Die westliche Vorgeschichte des NS-Rassismus <http://links-enttarnt.net/?link=kommantare&id=113> und  
2. Teil: Deutsche Nachgeschichte des westlichen Rassismus: „Bewältigung“ und „bunte Republik“  
<http://links-enttarnt.net/?link=kommantare&id=118>

<sup>77</sup> So zusammenfassend *Kriele*, a.a.O., S. 402 hinsichtlich der auf Individuen auswirkenden Konsequenzen der Sektenhysterie, die vergleichbar im „Kampf gegen Rechts“ ebenfalls festgestellt werden kann.

<sup>78</sup> S. *Kriele*, a.a.O., S. 382-384.

<sup>79</sup> Dieses wird etwa exekutiert durch die Vorenthaltung der Kunst aus der NS-Zeit, während DDR-Kunst öffentlich gelebt werden darf.

<sup>80</sup> Zur Bedrohung derselben durch die Verfassungskonzeption, s. den Beitrag des Verfassers: <http://www.links-enttarnt.net/?link=kampfumsrecht&id=37> und exemplifiziert an zwei praktischen Fällen: <http://www.links-enttarnt.net/?link=kommantare&id=38>

Bewältigung des Sozialismus vorgenommen wird, die sich nicht nur auf den Nationalsozialismus beziehen kann. Ganz im Gegenteil: Eine wirksame Bewältigung des Nationalsozialismus kann nur geleistet werden, indem die Einordnung dieses Nationalsozialismus in die sozialistische Tradition aufgezeigt und in allen Konsequenzen verstanden wird. Gerade von der SPD ist vorzuhalten: „Das Phänomen des ‚Dritten Reiches‘ kann nur aus der Entwicklung der *ganzen* deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt *keinen* Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts *keinen* Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. ... So hat es ... auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welcher nur durch ihre ‚Rasse‘ oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig ... kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja sie - im Hinblick auf ihren lassalleanischen und späteren ‚mehrheitssozialdemokratischen‘ Flügel - sogar am allerwenigstens. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Machtergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mußten.“<sup>81</sup>

Der Sozialdemokratie ist daher dringend zu empfehlen, der Zusage ihres bislang letzten Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* einmal nachzukommen, nicht „der Verlockung des Vergessens und Verdrängens erliegen“<sup>82</sup> zu wollen. Der bundesdeutsche „Kampf gegen rechts“ zeigt nämlich, daß sich sonst die „Vergangenheit“ wiederholen könnte: Er setzt nämlich das Vermächtnis des Führers um, den „Schlag gegen rechts“ zu führen.

## Hinweis

Im vorliegenden Beitrag sind frühere einschlägige Veröffentlichungen des Verfassers zur Sozialismusbewältigung für die libertäre Zeitschrift *eigentlich frei* (ef) verarbeitet; zu nennen sind:

SPD-Superminister Karl Schiller: Adolfs und Willys Wirtschaftspolitik  
in: ef-Heft Oktober 2008, S. 46 ff.

[file:///D:/Downloads/ef086-screen%20\(4\).pdf](file:///D:/Downloads/ef086-screen%20(4).pdf)

Eugen Dühring: Vorläufer Hitlers und Wegbereiter von Godesberg  
In: ef-Heft April 2008, S. 47 ff.

[file:///D:/Downloads/ef081-screen%20\(1\).pdf](file:///D:/Downloads/ef081-screen%20(1).pdf)

Vom Lumpenproletariat zum Prekariat

In: ef-Heft November 2006, S. 16 ff.

[file:///D:/Downloads/ef067-screen%20\(1\).pdf](file:///D:/Downloads/ef067-screen%20(1).pdf)

Hitlers Volksstaat: Was man bewältigen könnte

In: ef-Heft Mai 2005, S. 38 ff.

---

<sup>81</sup> S. *Willy Huhn*, Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, mit einem Vorwort von *Clemens Nachtmann*: Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“ und biographischen Anhang von *Ralf Walter*, 2003.

<sup>82</sup> S. *FAZ* vom 26.01.2005.

[file:///D:/Downloads/ef052-screen%20\(3\).pdf](file:///D:/Downloads/ef052-screen%20(3).pdf)

Der vorliegende Beitrag stellt auch eine Ergänzung zum Werk des Verfassers dar:

**Josef Schüßlburner, Roter, Brauner und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, 2008 Lichtschlag Medien und Werbung KG**

**ISBN-10:** 3939562254

**ISBN-13:** 978-3939562252

Dieses Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

[Bei Amazon bestellen](#)

